



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 07. August 2012

P120681

Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2), der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIN-tA) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWA)

- ://: 1. Der vorgelegte Antwortentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an das Bundesamt für Migration genehmigt.

Begründung

Die vom Bund bei der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vorgesehenen Änderungen korrigieren weitgehend die Nachteile des aktuellen Finanzierungsmodells und entsprechen in den meisten Punkten den Forderungen der Kantone. Durch die Garantie der Kostenneutralität werden die Bundesfinanzen auf angepassten Berechnungsgrundlagen lediglich neu und korrekter verteilt. Der Gesamtbeitrag des Bundes an die Asylkosten in den Kantonen wird dadurch nicht geschmälert. Dies gilt ebenso für die vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Die Änderungen im Bereich der Rückkehr und Rückkehrhilfe können ebenfalls gutgeheissen werden. Der Kanton Basel-Stadt hat in verschiedenen Bereichen der Rückkehrhilfe gute Erfahrungen gemacht, wenn die Anreiz- und Sanktionsmodell ausgewogen eingesetzt werden können. Ebenfalls heisst der Regierungsrat die Änderung in der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen gut, verweist in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass die vom Bund festgesetzte Pauschale pro Administrativhaftplatz zu tief ist.

